



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 5/2005

**abgeschlossen am
31. Mai 2005**

	<u>Seite</u>
1. Überraschender Kompromiss im Streit um Richterernennungen im Senat	1
2. Tauziehen im Senat um Nominierung von John Bolton hält an	3
3. Repräsentantenhaus für Liberalisierung der Stammzellenforschung	4
4. Repräsentantenhaus kürzt Bewilligungsansatz für innere Sicherheit	6
5. Senatoren fordern Abschaffung der Mindestbesteuerung	6
6. Verabschiedung des Verkehrswege-Gesetzes erneut verzögert	8
7. Senatsausschuss beginnt Überarbeitung des <i>Patriot Act</i>	8
8. Pentagon kündigt Schließungen von Militärstützpunkten an	9

5/2005

1. Überraschender Kompromiss im Streit um Richterernennungen im Senat

Eine Gruppe von 14 Senatoren um John McCain (R-Ariz.) und Ben Nelson (D-Neb.) hat Ende Mai 2005 die drohende Eskalation des Streits um die Besetzung offener Richterstellen (vgl. CR 4/2005, S. 6) durch ein Stillhalteabkommen in letzter Minute verhindert.

Die jeweils sieben demokratischen und republikanischen Unterzeichner des *Memorandum Of Understanding On Judicial Nominations* hatten zuvor ihr Bemühen um eine für beide Seiten akzeptable Formulierung des Kompromisses wiederholt als äußerst schwierig bezeichnet und die Erwartungen an einen Erfolg der mehrtägigen Verhandlungen gedämpft.

Der Streit zwischen den Parteien hatte sich an der Blockade von 10 Ernennungsvorschlägen Präsident Bushs für die Besetzung von Stellen an Bundesgerichten entzündet und seit Anfang des Jahres merklich zugespitzt (vgl. CR 3/2005, S. 9).

Die republikanische Fraktion um Majority Leader Bill Frist (Tenn.) hatte angekündigt, in Reaktion auf die Blockadestrategie der Demokraten das Filibuster von Richterernennungen – die Verhinderung einer Abstimmung durch Fortsetzung der Debatte, die nur mit 60 von 100 Stimmen beendet werden kann – durch eine Neuauslegung der Geschäftsordnung mit einfacher Mehrheit abzuschaffen.

Die demokratische Fraktion unter Minority Leader Harry Reid (Nev.) hatte für den Fall einer Regeländerung auf diesem Weg („nuclear option“) mit der Lahmlegung der Senatsgeschäfte gedroht, die in weiten Teilen von Konsensvereinbarungen zwischen den beiden Parteien abhängig sind.

Die mehrheitlich negativen Reaktionen der Öffentlichkeit auf den Parteienstreit und eine perspektivische Machtprobe im Plenum verhalf den Verhandlungen der zwischenparteilichen Senatorengruppe am Vorabend der angesetzten Abstimmung über die Ernennung von Priscilla R. Owen zur Bundesrichterin (5. Bundesbezirksgericht) zum Durchbruch.

Der nicht mit den Führungen der beiden Parteien abgestimmte Kompromiss sieht vor, dass die republikanischen Unterzeichner – neben John McCain (Ariz.) die Senatoren Lincoln D. Chaffee (R.I.), Susan Collins (Maine), Mike DeWine (Ohio), Lindsey Graham (S.C.), Olympia J. Snowe (Maine) und John W. Warner (Va.) – im 109. Congress gegen eine Änderung der Filibuster-Regel stimmen werden.

Im Gegenzug haben sich die sieben demokratischen Unterzeichner – neben Ben Nelson die Senatoren Robert C. Byrd (W.Va.), Daniel K. Inouye (Hawaii), Mary Landrieu (La.), Joseph I. Lieberman (Conn.), Mark Pryor (Ark.) und Ken Salazar (Colo.) – dazu verpflichtet ein Filibuster der Opposition gegen Richternominierungen nur unter „extraordinary circumstances“ zu unterstützen.

Darüber hinaus sagten sie zu, Abstimmungen über die bisher blockierten Nominierungen von Owen sowie Janice Rogers Brown (D.C. Bezirk) und William H. Pryor, Jr. (11. Bezirk) zuzulassen. Zwei weitere umstrittene Kandidaten, William G. Myers III (9. Bezirk) und Henry Saad (6. Bezirk) wurden allerdings namentlich von dem Kompromiss ausgenommen.

Angesichts der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse (55 Republikaner, 44 Demokraten, 1 Unabhängiger) sind sieben Mitglieder beider Fraktionen mehr als ausreichend, um eine Regeländerung mit einfacher Mehrheit ebenso wie eine Blockade durch eine Sperrminorität von 40 Senatoren zu verhindern.

Ein Manko der Übereinkunft bleibt jedoch, dass die den Demokraten auferlegte Zurückhaltung im Einsatz des *Filibuster* gegen Nominierungen nicht an klare Kriterien gebunden ist. Das Memorandum überlässt die Einschätzung der Angemessenheit der Blockade von Kandidaten explizit den einzelnen Senatoren.

Zweifel an der Tragfähigkeit des Kompromisses nuancierten entsprechend die vordergründig überaus positiven Reaktionen auf die Abwendung einer Konflikteskalation im Senatsplenium.

Während Berichterstatter und Kommentatoren die Übereinkunft zumeist als „Triumph der Mitte“ und „Sieg der Vernunft“ priesen, zeigte sich die demokratische Fraktionsführung um Harry Reid (Nev.) sichtlich erleichtert.

Eine Lahmlegung des Senats in Reaktion auf eine Regeländerung hätte die Demokraten mittelfristig in eine schwierige Position manövriert, weil die Behandlung dringlicher Probleme kaum Aufschub duldet. Insofern scheint die demonstrative Zustimmung zu dem Kompromiss die tatsächliche Stimmung in der Fraktion wieder zu spiegeln, wengleich linke Kritiker die Zugeständnisse an die republikanische Mehrheit bemängelten.

Präsident Bush und Majority Leader Bill Frist (Tenn.) begrüßten die Einigung zwar als „positiven Schritt“. Doch sie machten aus ihrer Enttäuschung, dass weiterhin die Möglichkeit eines *Filibuster* gegen einen eventuellen Nominierungsvorschlag Bushs für den *Supreme Court* besteht, kaum einen Hehl.

Dies reflektiert auch die offene Empörung von Vertretern der konservativ-religiösen Rechten über das Einlenken der republikanischen Senatorengruppe um McCain (Ariz.), die sich teils aus institutionellen Rücksichten, teils auf Grund ihrer gemäßigt-zentristischen Ausrichtung einer harten Parteilinie verweigert haben.

Vor diesem Hintergrund wird die unerwartete Konfliktschärfung insbesondere als neuerliche Niederlage Bill Frist's gesehen. Obwohl der Senat gegenüber dem Repräsentantenhaus keine vergleichbaren Instrumente für ein straffes Parteienregiment bietet, wird Frist's Führungsstil von konservativen Republikanern immer wieder für Abstriche und Rückschläge in der Umsetzung der Parteiagenda mit verantwortlich gemacht.

Der Unmut konservativer Republikaner über die zwischenparteiliche Kooperation blitzte schon in der anhaltenden Debatte um die Bestätigung John Boltons als VN-Botschafter der USA auf (vgl. Punkt 2), obwohl die Bolton-Nominierung nicht Gegenstand der Übereinkunft war.

2. Tauziehen im Senat um Nominierung von John Bolton hält an

Im Senat stößt Präsident Bushs Nominierung von John Bolton für das Amt des Botschafters bei den Vereinten Nationen nach wie vor auf erbitterten Widerstand bei den Demokraten (vgl. CR 4/2005, S. 1). Ein Versuch der Republikaner, eine Abstimmung über die Nominierung Boltons im Senatsplenum zu erzwingen, scheiterte am 26. Mai 2005 mit 56:42 Stimmen. Den Republikanern fehlten dabei vier Stimmen, um eine Redezeitbegrenzung zur Nominierung von Bolton mittels *cloture motion* durchzusetzen.

Nach der Geschäftsordnung des Senats bedarf es einer Dreifünftelmehrheit von 60 Stimmen, um die uneingeschränkte Redezeit von Mitgliedern des Senats (die von der Minderheit als Blockadeinstrument genutzt werden kann) mittels *cloture* zu begrenzen (siehe dazu auch Punkt 1). Nach erfolgreicher *cloture motion* ist die Redezeit der Senatorinnen und Senatoren auf insgesamt 30 Stunden begrenzt, wobei kein Mitglied der Kammer mehr als eine Stunde Redezeit beanspruchen kann. Anschließend kann eine Abstimmung über den Nominierten/die Nominierte erfolgen, wobei es zur Bestätigung einer Mehrheit von 51 Stimmen bedarf.

Dass Boltons Nominierung im Senat äußerst kontrovers eingeschätzt wird, hatte sich schon am 12. Mai 2005 gezeigt, als der Auswärtige Ausschuss nach über dreiwöchigen Beratungen die Nominierung des vormaligen *Undersecretary for Arms Control* im Außenministerium „ohne Empfehlung“ an das Senatsplenum weiterleitete. Eine solche Vorgehensweise wurde vom *Senate Foreign Relations Committee* in den vergangenen 22 Jahren nur zweimal gewählt, nämlich 1983 und 1993.

Bolton war zuvor im Ausschuss mit 29 Zeugen konfrontiert und über sieben Stunden befragt worden. Außerdem musste er 100 schriftlich eingereichte Fragen von Mitgliedern des Ausschusses beantworten. Dabei ging es vor allem um den Vorwurf der Einschüchterung von politisch unliebsamen Außenamtsmitarbeitern sowie um den Umgang mit sensitiven Geheimdienstunterlagen.

Die Kritiker der Nominierung unter den demokratischen Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses wie John Kerry (Mass.) und Christopher Dodd (Conn.) machten gleichzeitig deutlich, dass sie Bolton aus weltpolitischen Erwägungen für ungeeignet für den VN-Posten halten, weil er Bushs missionarischem Realismus das Wort redet, in dem multilateral ausgerichteten Organisationen eine periphere Bedeutung für die Außenpolitik der USA zugeschrieben wird.

Unterstützung erhielten die Demokraten im *Foreign Relations Committee* von dem gemäßigt-konservativen Republikaner John Voinovich (Ohio), der im vergangenen Jahr mit 64 Prozent der abgegebenen Stimmen in seinem Bundesstaat für eine zweite Amtszeit bestätigt worden war. Voinovich begründete seine ablehnende Haltung zur Nominierung Boltons für den Botschafterposten bei den Vereinten Nationen mit der damit verbundenen „negativen Botschaft an die Weltgemeinschaft“.

Der Senator bezeichnete Bolton als „Ideologen“, der Dissens nicht toleriere. Nach heftiger Überzeugungsarbeit durch das Weiße Haus nahm Voinovich allerdings von seinem ursprünglich geplanten Nein gegen die Nominierung Boltons im Ausschuss Abstand und stimmte mit der republikanischen Mehrheit für die Weiterleitung der Nominierung an das Senatsplenum „with no recommendation“. Allerdings hat Voinovich zwischenzeitlich angekündigt, dass er in der Senatsabstimmung gegen Bolton votieren will.

Demgegenüber kritisierten das Weiße Haus und die Republikaner im Senat wie George Allen (Va.) die Verzögerungstaktik gegenüber einem Kandidaten, der die Unterstützung durch die Mehrheitsfraktion genießt, scharf. Bill Frist (R-Tenn.), der *Senate Majority Leader*, warf den Demokraten vor, die Entscheidung über Bolton mittels *Filibuster* zu blockieren, obwohl man sich an anderer Stelle auf eine Mäßigung der Blockadepolitik durch uneingeschränktes Debattieren im Senat geeinigt habe (siehe Punkt 1).

Die Demokraten erklärten daraufhin, dass sie zu einer Abstimmung über Bolton bereit sind, sobald die geforderten Unterlagen über dessen Umgang mit nachrichtendienstlichem Material dem Senat von der Administration vorgelegt würden. Da der Congress sich seit 27. Mai 2005 in seinem traditionellen *Memorial Day Recess* befindet, ist mit einer Entscheidung über Boltons Nominierung für den Posten des VN-Botschafters nun frühestens ab Mitte Juni 2005 zu rechnen.

3. Repräsentantenhaus für Liberalisierung der Stammzellenforschung

Das Repräsentantenhaus hat Ende Mai 2005 zwei Gesetzesentwürfe verabschiedet, die eine deutliche Liberalisierung der bisher restriktiven Richtlinien für die Förderung der so genannten Stammzellen-Forschung durch Bundesmittel in Aussicht stellen.

Breite Zustimmung fand die Vorlage, die die Gewinnung von Stammzellen aus Nabelschnüren (HR 2520, *Umbilical Cord Blood Bill*) mit knapp 80 Mio. USD fördern will und hierfür logistische Unterstützung durch das Gesundheitsministerium (*Department of Health and Human Services*, HHS) vorsieht.

Für die von Christopher H. Smith (R-N.J.) eingebrachte und von der republikanischen Fraktionsführung unterstützte Vorlage stimmten 431 Abgeordnete bei nur einer Gegenstimme.

Deutlich kontroverser wurde eine zweite Gesetzesvorlage (HR 810, *Embryonic Stem Cell Bill*) behandelt, welche die Förderung der Forschung mit Stammzellen, die aus Embryonen gewonnen werden, deutlich ausweiten will. Die Vorlage wurde mit den Stimmen von 238 Abgeordneten (darunter 50 Republikaner) bei 194 Gegenstimmen angenommen.

Gemäß dem von Michael N. Castle (R-Del.) und Diana DeGette (D-Colo.) eingebrachten Entwurf sollen Forschungsprojekte, die Stammzellen aus Embryonen, die für künstliche Befruchtungen gezüchtet worden sind, aber nicht mehr benötigt werden, von dem bisher geltenden Verbot der Forschungsförderung in diesem Bereich ausgenommen werden.

Nach einem Erlass Präsident Bushs vom August 2001 (vgl. CR 8/2001, S. 2) ist die Förderung aus Bundesmitteln auf Stammzellen-Kulturen beschränkt, die schon zuvor für solche Zwecke genutzt worden sind. US-Forscher haben wiederholt beklagt, dass diese Einschränkung sie im internationalen Wettbewerb stark benachteiligt, weil die Zahl der bestehenden Kulturen zu klein sei.

Der Liberalisierungsvorstoß zielt auf eine Beseitigung des Versorgungsengpasses und greift Bushs Argumentation von 2001 auf, dass es ethisch vertretbar sei, bereits existierende Stammzellen-Kulturen zu nutzen, die ansonsten vernichtet würden.

Dennoch hat Präsident Bush schon im Vorfeld der Beratungen angekündigt, er werde ein Veto gegen die Gesetzesvorlage einlegen. Der Präsident begründet seine Haltung damit, dass die Forschung nicht versuchen dürfe, menschliches Leben um den Preis der Zerstörung anderen menschlichen Lebens zu erhalten.

Diese Argumentation bezieht sich auf die Position konservativer wie religiöser Abtreibungsgegner, für die menschliches Leben und dessen rechtlicher Schutz bereits mit der Befruchtung einer Eizelle beginnt.

Die Befürworter der Castle-DeGette-Vorlage, darunter einige prominente Abtreibungsgegner, argumentierten dagegen, dass die Nutzung von Embryonen, die nicht für künstliche Befruchtungen verwendet werden, der Bekämpfung von Krankheiten wie der Parkinson-Krankheit und damit der Gesundheit unzähliger Menschen dienen könnte.

Im Senat haben Arlen Specter (R-Penn.) und Tom Harkin (D-Iowa) eine gleich lautende Gesetzesvorlage eingebracht und rechnen mit einer noch deutlicheren Stimmenmehrheit.

Obwohl die Befürworter der Stammzellenforschung auf eine breite Unterstützung der Öffentlichkeit setzen können, macht die Kräfteverteilung im Repräsentantenhaus deutlich, dass sie nicht über die notwendige Zweidrittel-Mehrheit verfügen, die für die Überwindung eines Vetos des Präsidenten notwendig ist.

Dennoch soll über verbreiteten gesellschaftlichen Konsens eine mittelfristige Auflösung der Gesetzgebungsblockade in der embryonalen Stammzellenforschung erreicht werden.

4. Repräsentantenhaus kürzt Bewilligungsansatz für die innere Sicherheit

Das Repräsentantenhaus hat am 17. Mai 2005 mit der überwältigenden Mehrheit von 424:1 Stimmen seinen Bewilligungsansatz für die innere Sicherheit für das Haushaltsjahr 2006 verabschiedet (*Fiscal Year 2006 Homeland Security Appropriations*).

Die Entscheidung (House Resolution 2360, House Report 107-79) sieht einen Mittelansatz von 30,8 Mrd. USD für den Bereich innere Sicherheit vor.

Allerdings wurden erstmals seit der Schaffung des Ministeriums für *Homeland Security* durch den Congress im Jahr 2002 (vgl. CR 11/2002, S. 4) Kürzungen in Höhe von etwa 500 Mio. USD vorgenommen und 300 Mio. USD vom Repräsentantenhaus vorläufig zurück behalten. Die Kammer begründete ihre Entscheidung mit der mangelnden Informationsbereitschaft durch Teile des neu geschaffenen Ministeriums.

„Es ist eine einfache Gleichung“, erklärte Harold Rogers (R-Ky.), der Vorsitzende des *Homeland Security Appropriations Subcommittee* in diesem Zusammenhang: „Keine Information bedeutet keine Finanzierung.“

5. Senatoren fordern Abschaffung der Mindestbesteuerung

Eine einflussreiche Gruppe von Mitgliedern des Congress um den Vorsitzenden des *Senate Finance Committee*, Charles E. Grassley (R-Iowa), hat Mitte Mai 2005 eine Initiative zur Abschaffung der zunehmend umstrittenen Mindestbesteuerung von Einkommen (*Alternative Minimum Tax*, AMT) angekündigt.

Neben Grassley und Jon Kyl (R-Ariz.) wollen auch zwei Demokraten, Max Baucus (Mont.) und Ron Wyden (Ore.), die Gesetzesvorlage mit einbringen.

Das System der Mindestbesteuerung wurde 1969 eingeführt, um zu verhindern, dass sich Spitzenverdiener gänzlich der Einkommensbesteuerung entziehen können. Die Senatoren argumentieren, dass sich das System mittlerweile in ein heimliches Steuer-

erhöhungsprogramm verkehrt habe, das selbst mittlere Einkommensgruppen nicht mehr unverschont lasse.

Die Alternative Minimum Tax sieht eine Besteuerung von Einkommen vor, die einen Grundfreibetrag von 45.000 USD für Ehepaare (33.750 USD für Alleinstehende) überschreiten, wobei ebenso populäre wie häufig genutzte Vergünstigungen, wie die Abzugsfähigkeit einzelstaatlicher Steuern oder die Freibeträge für Kinder, nicht eingerechnet werden.

Da die Grundfreibeträge der AMT seit 1969 nicht der Inflations- bzw. der Einkommensentwicklung angepasst worden sind, steigt Jahr für Jahr die Zahl der Steuerzahler, die von dem Mindeststeuersystem erfasst werden.

Der Congress hat durch mehrfache, jeweils auf ein Jahr begrenzte Anhebungen des Grundfreibetrags auf 58.000 USD pro Jahr (40.250 USD für Alleinstehende) die Auswirkungen der Steuererhöhungen durch die Hintertür in Grenzen gehalten (vgl. CR 7-8/2004, S. 8).

Gegenwärtig sind nur knapp 4 Mio. Haushalte betroffen. Nach Schätzungen des *Office of Management and Budget* (OMB) und des *Congressional Budget Office* (CBO) berührt die AMT 2010 jedoch bis zu 35 Mio. Haushalte.

Während die Abschaffung oder zumindest Reform der Mindestbesteuerung breite Zustimmung im Congress und in Administration genießt, würden sich die Steuerausfälle auf schätzungsweise 600 Mrd. USD in den kommenden 10 Jahren summieren.

Problematisch ist vor allem, dass die Einnahmen aus der AMT sowohl im Budgetentwurf des Präsidenten wie den gegenwärtigen Budget-Resolutionen von Senat und Repräsentantenhaus eingerechnet sind.

Weitere Einnahmeausfälle würden angesichts der geplanten Steuersenkungen und der bekannten Haushaltsrisiken, insbesondere der Kosten für die Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak zu einem dramatischen Anstieg des Haushaltsdefizits führen.

Die Gesetzesinitiative von Grassley und seinen Kollegen deutet damit für die nähere Zukunft eine grundsätzliche Verschärfung der Verteilungskonflikte an, die sich nicht auf Einnahmen und Ausgaben beschränken, sondern auch konkurrierende Konzepte für Steuersenkungen bzw. Steuererhöhungen und die hiervon begünstigten oder benachteiligten Gruppen mit einbeziehen.

6. Verabschiedung des Verkehrswege-Gesetzes erneut verzögert

Senat und Repräsentantenhaus haben Ende Mai 2005 erneut eine einmonatige Verlängerung des schon im September 2003 ausgelaufenen Gesetzes zur Förderung des Ausbaus und der Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur beschlossen.

Das Repräsentantenhaus hat bereits im März eine Neuauflage des Verkehrswege-Gesetzes verabschiedet, das in den kommenden sechs Jahren für die Einzelstaaten und Kommunen ein Gesamtfördervolumen von 284 Mrd. USD vorsieht (vgl. CR 3/2005, S. 5).

Der Senat zog Mitte Mai 2005 mit einer eigenen Gesetzesvorlage nach, die jedoch von einem Ausgabenvolumen von 295 Mrd. USD ausgeht. Die Angleichung der Gesetzesvorlagen bereitet jedoch nicht nur wegen der Finanzierung, sondern auch wegen der regionalen Verteilung der Fördermittel große Schwierigkeiten.

Zusätzlich kompliziert wird die Kompromissaushandlung durch die Androhung eines Vetos durch Präsident Bush. Die Administration sieht mit der vom Repräsentantenhaus gesetzten Marke von 284 Mrd. USD bereits die Schmerzgrenze überschritten und lehnt jede weiteren Zugeständnisse ab.

Für die republikanischen Mehrheiten entwickelt sich die Novellierung des Verkehrswege-Gesetzes damit zu einer ernsthaften Blamage. Die Fortschreibung des ausgelaufenen Gesetzes erlaubt keine Erhöhungen der Fördermittel und entzieht dem Infrastrukturausbau, dem von allen Seiten höchste Priorität zugeschrieben wird, die dringend erforderlichen Zuschüsse sowie die Planungssicherheit.

7. Senatsausschuss beginnt Überarbeitung des *Patriot Act*

Das *Senate Select Intelligence Committee* hat Ende Mai 2005 mit einer Überarbeitung des nach den Terrorangriffen des 11. September vom Congress verabschiedeten Gesetzes zur Terrorismusbekämpfung (*USA Patriot Act of 2001, Public Law 107-56*) begonnen.

Es räumt den Sicherheitsdiensten weitreichende Vollmachten zur Überwachung des Terrorismus verdächtiger Personen in den Vereinigten Staaten ein und enthält eine Reihe von Bestimmungen (*sunset clauses*), die ohne eine Erneuerung durch den Congress Ende 2005 auslaufen würden.

Die von Pat Roberts (R-Kann.), dem Vorsitzenden des Geheimdienstausschusses im Senat, eingebrachte Gesetzesnovelle sieht vor, die weitgehenden Überwachungsrechte der Nachrichtendienste im Inland, so wie sie im *Patriot Act* festgeschrieben wurden, über 2005 hinaus fortzuschreiben.

Dazu zählen auch die erweiterten Überwachungsrechte wie sie nach Maßgabe des *Patriot Act* und in Anlehnung an den *Foreign Service Intelligence Surveillance Act* von 1978 (Public Law 95-511) der amerikanischen Bundespolizei FBI eingeräumt wurden (Paragraph II, Abschnitt 203 des *Patriot Act*). Außerdem soll das FBI bei seinen Untersuchungen Vorladungen unter Strafandrohung ohne vorherige richterliche Genehmigung aussprechen dürfen.

Vor allem die *American Civil Liberties Union* hat vor einer weiteren Einschränkung der Freiheitsrechte amerikanischer Staatsbürger im Rahmen der Terrorismusbekämpfung gewarnt, was von den Befürwortern einer Erweiterung des *USA Patriot Act* allerdings vehement bestritten wird.

8. Pentagon kündigt Schließungen von Militärstützpunkten an

Das Verteidigungsministerium hat Mitte Mai 2005 angekündigt, dass es in den nächsten 20 Jahren insgesamt 33 größere Militärstützpunkte in den USA schließen will. Dazu zählen der Portsmouth Naval Shipyard in Maine ebenso wie der bisherige U-Boot-Stützpunkt in New London, Connecticut, die Ellsworth Air Force Base in South Dakota sowie Fort McPherson in Georgia.

Insgesamt sollen durch die Maßnahmen Einsparungen in Höhe von mehr als 48 Mrd. USD realisiert werden, wobei von Kosten für die Schließungen der Militärstützpunkte in Höhe von ca. 24 Mrd. USD ausgegangen wird.

Die Vorschläge des Pentagon haben erwartungsgemäß heftige Proteste von Seiten jener Mitglieder des Congress ausgelöst, deren Wahlkreise/Bundesstaaten direkt betroffen sind.

Allerdings sollen Entscheidungen in der Frage der Schließung von Militärstützpunkten erst nach Abschluss der Arbeit der *Independent Base Closure and Realignment Commission* getroffen werden, die ihre Empfehlungen bis Anfang September 2005 vorlegen will.

Ein Versuch, die perspektivischen Stützpunktschließungen im Rahmen der Verabschiedung des Verteidigungsgenehmigungsgesetzes (*Defense Authorization*) 2006 durch das Repräsentantenhaus aufzuschieben, verfehlte die notwendige Mehrheit.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern